Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespalt. Zeile 1,75, für auswärts 200 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Ministerien des Freistaates Sachsen und der nachgeordneten Behörden, insbesondere des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 211 — Freitag, den 10 September 1920 — 70. Jahrgang

Lebensmittelverkauf in Lichtenstein-Callnberg.
Freitag, den 10. September 1920.
Reisflocken, ¼ Pfd. 1,25 M. L.-M.-K. B, Abschn. 126.
Sonnabend, den 11. September 1920.
Frischfleisch, 155 Gr. 2,42 M. und 70 Gr. Cornedbeef, 1,07 M. zusammen 225 Gr. Wochenfleischmenge für 3,50 M. Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. **Städt. Lebensmittelamt.**

Oeffentliche Sitzung

der Stadtverordneten nächsten **Montag, den 13. September 1920 abends 7 Uhr** im Stadtverordnetensitzungssaale (Sparkassenverwaltungsgebäude).

Lichtenstein-Callnberg, den 9. September 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Tagesordnung:

1. Richtigsprechung der Rechnung der Schulsparkasse (Konfirmanden-Aussteuer) der Pestalozzischule für das Jahr 1919.
2. Nachtrag zum Ortsgesetz über Kleinhausbauten.
3. Bewilligung eines Ehrenpreises für die Ausstellung des Kaninchenzüchtervereins.
4. Nachbewilligung des Mehraufwandes für Bauten im Sieberhaus.
5. Bewilligung der Kosten für Teeren von Dachrinnen in der Pestalozzischule.
6. Bewilligung des Kostenaufwandes bei Trennung einer Abteilung in der Gewerbeschule.
7. Gewährung einer Entschädigung für die Leitung der Gewerbeschule.
8. Uebernahme der Web- und Wirkschule in die städtische Verwaltung.
9. Festsetzung der Gehaltsbezüge für die Wohlfahrtspflegerin und die Gemeindehelferin.
10. Gewährung städtischer Zuschüsse an die Bau- und Spargenossenschaft zur Errichtung von vier Einfamilienhäusern und Ueberlassung der Bauplätze hierzu.
11. Umfrage.

Das Einlagebuch Nr. 24 866 unserer Sparkasse wird hiermit nach erfolgtem Aufgebotsverfahren für **ungültig** erklärt.

Lichtenstein-Callnberg, am 9. September 1920.
Sparkasse Lichtenstein-Callnberg.

Selbstversorger.

Anträge auf Ausstellung von Mahlkarten für Gerste und Hafer, sowie die Anmeldung des Brotgetreides für die Selbstversorger auf die Mahlperiode vom **16. Oktober bis 15. Dezember 1920** sind bis zum 12. ds. Mts. bei den Wohnortsbehörden anzubringen. Die Ortsbehörden werden ersucht, die abgeschlossenen Listen bis spätestens den 15. ds. Mts. an den Bezirksverband einzureichen. Nr. 356. Getr. B.

Bezirksverband Glauchau, am 9. September 1920.
Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Gesetzgebungsausschuß der sächsischen Volkskammer wird am 20. oder 22. d. Mts. seine Arbeit wieder aufnehmen, die Volkskammer selbst wird voraussichtlich Anfang Oktober wieder zusammentreten.

* Eine große Anzahl schweizerisches Militär begibt sich jetzt ins Ausland. Diese Soldaten werden im Auftrage des Völkerbundes an der Landesexpedition teilnehmen, um bei der Heimschaffung der noch in Rußland verbliebenen Kriegsgefangenen mitzuwirken. Der Sammelplatz ist Berlin.

* Die in Newyork ansässigen internierten Deutschen erhalten ihr beschlagnahmtes Eigentum wieder zurück. Die Schatzsächter-Vereinigung verlangt, die Regierung solle Deutschland einen Kredit in Höhe des Wertes des beschlagnahmten Eigentums einräumen.

* Am Dienstag wurden, wie wir aus Berlin erfahren, bei Rotenburg, Meiningen und Sondershausen wiederum eigenmächtig Transportzüge für die Reichswehr von den Eisenbahnern angehalten.

* Der finnische Gesandte in Berlin wurde durch einen anderen Herrn ersetzt. Die Veränderung wird in Verbindung gebracht mit angeblichen Waffentransporten aus Deutschland nach Finnland.

* In Berlin werden Verhandlungen gepflogen wegen Abbruchs des Harburger Hafenarbeiterstreiks.

* Bei der Explosion in Marienfil wurden im ganzen 15 Personen getötet und 12 verletzt. Die Gefahr der Weiterverbreitung des Feuers ist beseitigt. Die regelmäßige Arbeit wird morgen früh wieder aufgenommen. Die Entstehung der Explosion konnte nicht ermittelt werden.

* In Turin wird zwischen Militär und Arbeiterschaft heftig gekämpft, die Stadt ist von der Außenwelt abgeschnitten. Auch in Triest und anderen italienischen Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen.

* Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz 200 Personen bei dem Erdbeben getötet und über 300 verletzt worden. Im Distrikt Spezia spricht man von mehreren hundert Toten. Die Bewohner kampieren auf dem Lande im Freien, da sie neue Erdstöße befürchten.

* Die amerikanische Regierung soll eine neue Note nach Warschau gesandt haben, in der sie die polnische Regierung nachdrücklich auffordert, den weiteren Vormarsch einzustellen und Sicherheit dafür zu geben, daß das russische Gebiet geachtet wird.

Deutsches Reich.

53. **Dresden.** (Der Termin für die sächsischen Landtagswahlen.) **Wie wir schon kürzlich meldeten, sollten die Landtagswahlen voraussichtlich am 7. oder 14 November stattfinden. Es scheint nunmehr, als ob mit dem 14. November bestimmt als Wahltermin gerechnet werden könnte, nachdem der Ministerpräsident Buck in einer Versammlung in Roßwein mitgeteilt hat, daß am 14. November die Wahlen zum Landtag stattfinden würden, daß aber vorher die Volkskammer noch einmal zur Erledigung noch schwebender dringender Angelegenheiten zusammentreten würde.**

Berlin. (Der Eisenbahnerkonflikt.) Im Eisenbahnerkonflikt ist insofern eine weitere Verschärfung eingetreten, als gestern abend die Betriebsräte von mehr als 100 Berliner Fabriken eine Sympathiekundgebung für die Eisenbahner in ihrem Kampfe gegen die Anordnung des Ministers Groener beschlossen haben. In den Sympathieerklärungen wird ausdrücklich gesagt, daß die Berliner Arbeiterschaft auch vor einem Generalstreik nicht zurückschrecken würde, um das Recht der Eisenbahner, die Gütertransporte auf Kriegsmaterial hin zu untersuchen, zu sichern. Infolge der in den letzten Tagen gemeldeten eigenmächtigen Durchsuchung und Zurückhaltung von Transporten für die Reichswehr hat der Reichsverkehrsminister die Strafentlassung von 14 Eisenbahnern im Reiche usw. im Direktionsbezirk Berlin ausgesprochen. Gestern sind wieder zwei Munitionstransporte in Stendal an der Weiterfahrt durch die dortigen Werkstättenarbeiter verhindert worden. — Andere Meldungen besagen, daß insofern eine Entspannung im Eisenbahnerkonflikt eingetreten ist, als die Abstimmungen in den Betriebswerkstätten sowohl in Berlin, als auch in Erfurt keine Mehrheit für einen Eisenbahnerstreik ergaben. In Erfurt sind Mitglieder der Berliner Ententekommission eingetroffen zur Feststellung der Schadenersatzansprüche.

— (Für die Reichseinheit.) Die sozialdemokratische Mehrheitspartei in Franken hat eine Entschließung angenommen, in der sie die reichsfeindliche Politik der separatistischen Strömung in Bayern auf das schärfste verurteilt. Bayerns wirtschaftliche und politische Gesundung, so wird ausgeführt, hängt von der Einheit des Reiches ab. Jeder Versuch der Lostrennung Bayerns vom Reiche und ein erfolgreicher Widerstand gegen die vom Reiche auf Grund des Abkommens von Spa durchzuführende Entwaffnung müßte die Lostrennung Frankens von Bayern zur Folge haben. Die bayerische Regierung ist bisher der separatistischen Bewegung in keiner Weise entgegengetreten. **Der Bezirksverbandstag verurteilt diese unentschiedene und zweideutige Haltung.** Im Zusammenhang mit dieser Stellungnahme der bjälischen Sozialdemokratie erscheint eine Unterredung des Kronprinzen Rupprecht mit einem höheren österreichischen Staatsbeamten bemerkenswert, in der er erklärt, daß er niemals die Krone eines südkatholischen Reiches übernehmen oder irgendwie einen Schritt tun werde, der die Reichseinheit gefährden könnte.

— (Die deutsch-italienische Wirtschaftskonferenz.) In den beiden letzten Sitzungen der italienisch-deutschen Wirtschaftskonferenz von Stresa legte die italienische Abordnung der deutschen die Liste der Nahrungsmittel zur Auswahl vor, die Italien liefern könne. Die deutsche Abordnung billigte grundsätzlich den Vertrag dahin, den deutschen Einkäufern auf dem italienischen Markt den Vorzug zu geben. Die italienische Abordnung hat auf diese Bestimmung gedrungen, damit die Deutschland zur Verfügung stehenden Vorschüsse in italienischer Währung nicht den Direktors schädigen. Die Bestimmungen über die zu leistende Menge und die Festsetzung der Preise behält sich die deutsche Abordnung auf Grund der Lage des Weltmarktes vor. Deutschland verpflichtet sich, Preiserhöhungen möglichst zu vermeiden.

— (Polnische Drohungen gegen die Deutschen im Korridor.) Nach einer Meldung aus Soldau sollen die Polen von der dortigen Bevölkerung die sofortige Option für Deutschland oder Polen verlangen, widrigenfalls die gesamte deutsche Bevölkerung ausgewiesen werden soll. — Die „Allensteiner Zeitung" schreibt zu dieser Meldung: Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages haben die Einwohner der an Polen abgetretenen Gebiete zwei Jahre Zeit, ehe sie sich für Deutschland oder Polen erklären. Unter den jetzt im Soldaugebiet obwaltenden Umständen würde eine Option augenblicklich eine brutale Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung bedeuten. Die Optierung würde Enteignungen und andere Uebergriffe seitens der Polen unmittelbar im Gefolge haben.

— (Die Kohlennot.) Die Abendblätter veröffentlichen ein Schreiben des Reichskohlenkommissars an das Reichsverkehrsministerium, in welchem es heißt: Wohl bestand bei mir die Absicht, die Eisenbahnen in den Sommermonaten so zu bevorraten, daß sie vor Erschütterungen bewahrt bleiben, wie sie der letzte Winter gebracht hat. Das ist mir in Süddeutschland aber nur zum Teil und in Norddeutschland nicht gelungen. Im Augenblick kann ich der Eisenbahn nur mit Mühe die Kohlen zuführen, welche sie braucht. Ob dies in Zukunft möglich sein wird, ist eine ernste Frage, und in Frankreich haben sich bereits die Vorräte über den Friedensstand angehäuft.

— (Anmeldepflicht der stillzulegenden Betriebe.) Der Leitsminister Dr. Braun hat am Mittwoch dem volkswirtschaftlichen Ausschusse mitgeteilt, daß dem Reichstage bald nach seinem Zusammentritte eine Verordnung unterbreitet werde, die für die Stillegung von Betrieben die Anmeldepflicht vorschreibt und in besonderen Fällen die Beschlagnahme von Rohstoffen und Maschinen der stillgelegten Betriebe vorsieht. Ebenso wird dem Reichstage das neue Gesetz über Arbeitslosenversicherung bald nach seinem Zusammentritte zugehen. Die Zahl der Arbeitslosen war im Monat August auf 421 000 gestiegen. Von der sich täglich vergrößernden Zahl entfallen 40,0 Prozent allein auf Berlin.

— (Das Sedan-Verbot.) Gegen den Sedan-Erlaß des Kultusministers Hänisch richtet sich die nachstehende Anfrage, die der Abg. Hergt und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag eingebracht haben: „Durch einen Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist eine Feier des Sedantages in den Schulen untersagt. Der Tag, durch den vor 50 Jahren auf dem Schlachtfelde von Sedan die deutsche Einheit begründet ist, darf nicht festlich begangen werden; Schüler, die dem Unterricht fernbleiben, um an einer nationalen Feier teilzunehmen, die die Erinnerung an Deutschlands Größe und Kraft in den Herzen der Jugend wachzuhalten bestimmt ist, sollen unnachsichtlich bestraft werden. — Derselbe Minister hatte, obwohl ein Beschluß der Landesversammlung einen Antrag, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgelehnt hatte, damals bestimmt, daß Schulversäumnisse von Lehrern und Schülern an diesem Tage nicht strafbar sein sollten. — Durch das Verbot einer Feier des Sedantages in den Schulen ist das nationale Empfinden von Millionen guter Deutscher schwer verletzt worden. — Billigt die Staatsregierung dies Vorgehen des Ressortministers?"